1. Budgetverteilung

Die Budgets werden nach den mit Ratsbeschluss vom 29.04.2009 beschlossenen Teilhaushalten gebildet.

Budget Verwaltung – Anlage 1

Nach den Eckwertgrundlagen ergibt sich ein struktureller Fehlbedarf von 2.197.400 €.

Als Ziel wird beschlossen, diesen Fehlbedarf durch Einsparungen bei den Fachbereichsbudgets und Einnahmeverbesserungen weitestgehend zu verringern.

Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zur Globalkürzung der laufenden Ausgaben bei den Gliederungen

500000	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen einschl. 675000 Bauhofleistungen,
510000	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens einschl. 675000 Bauhofleistungen,
520000	Unterhaltung und Beschaffung von Gegenständen einschl. 675000 Bauhofleistungen,
650000- 659900	Geschäftsausgaben

von mindestens 10% zu den weiteren Haushaltsberatungen vorzulegen.

Budget Vermögen -Anlage 2

Die in der Anlage 1 aufgeführten Investitionsmaßnahmen sollen durchgeführt werden. Hierzu ist eine Kreditermächtigung von 1.295.800 € in den Haushalt 2010 einzustellen.

RM Freygang erklärt, dass bei den Eckwerten bisher nur die Steuerhebesätze beschlossen wurden. Die übrigen Zahlen waren bis dahin zu unsicher. Jetzt hat die Verwaltung ein Zahlenwerk vorgelegt, bei dem die Grunddaten, z. B. sinkende Zuweisung des Landes, sinkender Anteil an der Einkommenssteuer, derzeit verlässlich sind. Er sagt bewusst derzeit verlässlich, weil niemand weiß, was u. a. durch die Steuersenkungsdebatte im Bund und die Kürzung bei den Anteilen der Unterkunft für SGB II-Empfänger noch alles über die Länder auf die Kommunen zukommen kann. Der strukturelle Fehlbedarf liegt bei 2,2 Mio. €. Hier reiht sich Schortens leider bei vielen anderen Kommunen im Landkreis, die noch höhere Defizite haben, mit ein. Also müssen in den nächsten Wochen bis zum Abschluss des Haushalts 2010 alle nach weiteren Einnahmeverbesserungen und Ausgabeverringeringen suchen. Dies ist auch ein kleiner Appell an die nächsten Fachausschüsse, die im Januar mit ihren Sitzungen beginnen und sich mit den Haushaltsvorlagen beschäftigen. Er bittet dem vorgelegten Beschlussvorschlag zuzustimmen.

RM Eggerichs erklärt, da die Eckwerte ohne große Probleme in den Fachausschüssen festgelegt worden sind, wird seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen. Er ist der Meinung, dass es bei dem Haushaltssicherungskonzept sicher noch die eine oder andere Auseinandersetzung geben wird, wenn es um die freiwilligen Leistungen geht. Eines steht für ihn jedoch fest, dass man erreichen muss, dass sich die Einnahmen erhöhen und die Ausgaben sinken, damit man zumindest ein bisschen besser dasteht als es im Moment aussieht. Der Hinweis, dass man keine Schuld an den Schulden hat, nützt nichts. Die Stadt hat die Schulden und muss damit klar kommen und sie beseitigen, damit sie irgendwann einmal wieder handlungsfähig ist.

RM Just erklärt, dass seine Fraktion den Eckwerten nicht zustimmen wird. Hauptsächlich Grund ist die Absicht, eine 10%ige Kürzung bei den freiwilligen Leistungen vorzunehmen, wodurch ein Einsparvolumen von 264.000 € im Jahr erzielt werden soll. Auf der einen Seite versucht man einzusparen, auf der anderen Seite wird die Schleuse geöffnet mit dem heutigen Beschlussvorschlag für den Umzug des HFC. Das kann die Stadt Millionen und mehr kosten, die sie nicht hat. Außerdem verträgt es sich nicht mit den Sparabsichten, die hier geäußert werden. Er ist der Meinung, dass das Haushaltssicherungskonzept nicht so ernsthaft verfolgt wird. Es ist auch überhaupt nicht sicher, dass die Stadt diese 264.000 € erzielen wird. Er meint, dass die EWE-angehörigen Kommunen im Landkreis Friesland gemeinsam eine Initiative ergreifen und von der EWE für die von Ihnen zur Verfügung gestellten 16 % der EWE-Anteile, die ca. 1

Milliarde € ausmachen, eine anständige Verzinsung verlangen sollten. Bei einer Verzinsung von 5 % würden auf die Kommunen im Landkreis jährlich 5 Mio. € entfallen. Wenn dieses Geld unter den Kommunen aufgeteilt werden würde, hätte man eine realistische Perspektive, sich in erlebbarer Zeit zu entschulden. Von der EWE eine Verzinsung zu verlangen, ist nur recht und billig, denn auf dem Kapitalmarkt müsste sie eine Anleihe ebenfalls mit 5 % verzinsen und diese müsste sie zusätzlich noch zurückzahlen. Er regt daher an, diesen Weg auf der Verwaltungs- aber auch auf der politischen Ebene zu verfolgen.

BM Böhling erklärt, dass es sich bei den genannten 264.000 € nicht um die Kürzung bei den freiwilligen Leistungen handelt, sondern um Kürzungen bei den Unterabschnitten Unterhaltung, Geschäftsausgaben usw. Um diesen Betrag soll der Haushalt auf jeden Fall gekürzt werden. Darüber hinaus muss gesondert geprüft werden, ob eine Kürzung von 10 % bei den freiwilligen Leistungen bzw. auch bei den öffentlichen Einrichtungen möglich ist.

RM Homfeldt erklärt, dass die Kommunen in finanzielle Schwierigkeiten geraten, weil auf anderen politischen Ebenen entsprechende Entscheidungen getroffen werden und seine Partei ist, wie andere Parteien, auch daran beteiligt. Man kann nicht ständig mit dem Finger auf andere zeigen und sagen, sie seien schuld, dass der Haushalt der Stadt schlecht aussieht. Auch der Hinweis, dass es der Stadt im Vergleich zu anderen Kommunen noch sehr gut geht, ist nicht besonders hilfreich. Der Stadtrat ist in der Verantwortung, eine ehrliche, konsequente und nachvollziehbare Haushaltsführung auf den Tisch zu legen und so weit es geht, Schulden bzw. noch mehr Schulden nicht zuzulassen. Seine Fraktion wird sich der Verantwortung stellen. Dem Vorschlag der Verwaltung, eine Kürzung von 5 % vorzunehmen, ist man nicht gefolgt, sondern es wurde eine Kürzung von 10 % festgelegt und nun muss auch geprüft werden, ob eine 10%ige Kürzung bei den freiwilligen Leistungen vorgenommen werden kann. Auch wenn es allen weh tun mag, aber man kann einfach nicht mehr Geld ausgeben als man hat, da geht es der Stadt genauso wie jedem Privatmann. Er bittet darum, dass man möglichst gemeinsam einen Weg finden sollte, die Einnahmen zu erhöhen. Explizit weist er darauf hin, dass für das Jahr 2010 nicht über Steuererhöhungen gesprochen wird. Unredlich wäre es jedoch zu sagen, dass Steuererhöhungen für die nächsten 5 oder 10 Jahre ausgeschlossen werden. Es wird ein Umstrukturierungsprozess geben und er lädt alle dazu herzlich ein, gemeinsam zum Wohle der Stadt daran mitzuwirken.

RV Ratzel weist darauf hin, dass zu Punkt ursprünglich ein Antrag der BfB-Fraktion vorgelegen hat, der sich mit dem Thema Einschränkung von Grundstückskäufen im Bereich Branterei befasst. Dieser Antrag ist seitens der BfB-Fraktion jedoch bis zu den Beratungen über den Haushalt 2010 zurückgezogen worden.

Nach einem weiteren Diskussionsbeitrag von RM Schauderna wird wie folgt beschlossen:

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.